

KOMMENTAR

Weichenstellung für Bahnreform

Von Norbert Röttgen



Norbert Röttgen
Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer

Nach langem Ringen um ein Privatisierungskonzept fährt die Bahn nun in eine gute Zukunft. Die Unionsfraktion hat den in der Koalition vereinbarten Eckpunkten für eine Teilprivatisierung der Bahn zugestimmt. Auf dieser Basis kann bis Ende März 2007 ein Privatisierungsgesetz erar-

beitet werden. Für die Union war immer klar: Deutschland braucht eine starke Bahn und ein erfolgreiches Unternehmen DB AG. Die Privatisierung leistet dazu einen Beitrag. Sie darf aber nicht dazu führen, dass die steuerfinanzierte Eisenbahninfrastruktur zum Renditeobjekt des Kapitalmarkts wird. Das Teilprivatisierungskonzept ist deshalb eine gute Lösung, weil es ermöglicht, dass sich die DB AG als internationales Unternehmen aufstellen kann, ohne dass dafür Steuermittel eingesetzt werden. Die Infrastrukturverantwortung des Bundes für das Schienennetz und Bahnhöfe bleibt bestehen, private Investoren werden daran nicht beteiligt. Die Eisenbahninfrastruktur bleibt in Bundesbesitz, wird aber der DB AG für einen noch zu vereinbarenden Zeitraum zur Bewirtschaftung überlassen. Diese muss dabei gesetzlich vorgegebene Aufgaben zur Pflege des Netzes strikt einhalten. Der Bund kann Aus- und Neubau des Netzes nach wie vor gestalten. Durch eine effektive Regulierung werden Diskriminierungen von DB-Konkurrenten verhindert. Zusätzliche Schulden und Risiken für den Bundeshaushalt werden ausgeschlossen. Die Beschäftigten der DB AG brauchen nicht um ihren Arbeitsplatz zu fürchten. Damit sind die Weichen gestellt für eine erfolgreiche Fortsetzung der Bahnreform.

FRAKTION DIREKT

THEMA DER WOCHE

Der Konjunkturmotor läuft rund

Über 470.000 Arbeitslose weniger im Oktober als im vergangenen Jahr, über 250.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr in Deutschland, deutlich optimistische Konjunkturprognosen: Mit der Großen Koalition geht es in Deutschland wieder aufwärts. Zum ersten Mal seit fünf Jahren wird in diesem Jahr der EU-Stabilitätspakt wieder eingehalten. Die aktuellen Wirtschaftsdaten zeigen, dass wir mit unserem Weg des Dreiklangs aus "Sanieren, Reformieren und Investieren" richtig liegen. Gleichzeitig ist er ohne Alternative. Wir wollen nichts schönreden und uns nicht damit zufrieden geben, weniger Schulden zu machen als zu befürchten war. Wenn wir erreichen wollen, dass der Aufschwung von Dauer ist, müssen wir die Senkung der Lohnnebenkosten und die Konsolidierung des Haushaltes voranbringen.

Deshalb setzen wir den Sanierungskurs konsequent fort und senken die Neuverschuldung 2007 auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die Lohnzusatzkosten werden durch die Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung um ein Drittel von 6,5 auf 4,2 Prozent verringert. Damit werden wir den Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt zusätzlich verstärken.

Gleichzeitig bringen wir die notwendigen Reformen auf den Weg. Im Zuge der Gesundheitsreform konnten wir erreichen, dass bereits ab 2007 mit der Steuerfinanzierung der beitragsfreien Mitversicherung von Kindern in der gesetzlichen Krankenversicherung begonnen wird.

In der vergangenen Woche haben wir uns zudem auf eine Reform der Unternehmensteuer verständigt, die am 1. Januar 2008 in Kraft treten wird. Wir senken die steuerlichen Belastungen für alle Unternehmen – Mittelstand und große Kapitalgesellschaften – auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von unter 30 Prozent. Ein wichtiger Erfolg aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist zudem die Tatsache, dass das Problem der Gewinnverlagerung ins Ausland nicht mit Maßnahmen bekämpft wird, die zu einer erheblichen Besteuerung der unternehmerischen Substanz geführt hätten. Die vereinbarten Beschlüsse zur Gegenfinanzierung erlauben eine Nettoentlastung von rund 5 Milliarden Euro und stellen damit sicher, dass das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht in Frage gestellt wird. Mit der Senkung der Unternehmensteuern setzt die Union ein wichtiges Anliegen der deutschen Wirtschaft um und schafft eine weitere Voraussetzung für unser zentrales Ziel: Mehr Wachstum und Beschäftigung.



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Weiter positive Nachrichten vom Arbeitsmarkt

Die positiven Nachrichten vom Arbeitsmarkt setzten sich fort. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Oktober 2006 um mehr als 150.000 auf 4,085 Millionen Arbeitslose gesunken. Das ist der niedrigste Stand seit fast vier Jahren. Im Vergleich zum Vorjahr gab es mehr als 470.000 Arbeitslose weniger. Erstmals seit November 2002 liegt die Arbeitslosenquote in Deutschland mit 9,8 Prozent wieder unter der 10-Prozent-Marke. Daran wird deutlich: Neben der saisonüblichen Herbstbelegung hinterlässt der Konjunkturaufschwung auch am Arbeitsmarkt deutliche positive Spuren.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nimmt unverändert zu. Gegenüber dem Vorjahr gab es hier einen Anstieg um 258.000 auf nunmehr 26,56 Millio-

nen Beschäftigungsverhältnisse. Damit ist nicht nur endgültig der Aderlass bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen der letzten fünf Jahre gestoppt, sondern es ist endlich auch eine Trendwende zu mehr Beitragszahlern gelungen. Hiervon profitiert im besonderen Maße die Sozialversicherung, in deren Kassen es nach Jahren der Beitragseinbrüche endlich wieder klingelt.

Die Konjunktur brummt, die Arbeitslosigkeit sinkt, Fiskus und Sozialkassen melden neue Einnahmerekorde. Bei allen noch zu bewältigenden Anstrengungen auf dem Arbeitsmarkt, besonders um auch Langzeitarbeitslosen wieder eine Chance auf Arbeit zu geben: Die wirtschaftlichen Zahlen zeigen eindeutig, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Eckwerte des Arbeitsmarktes im Oktober 2006

Arbeitslose insgesamt (Quote)	Veränderung gegenüber Vorjahresmonat	Erwerbstätige insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahresmonat	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Veränderung gegenüber Vorjahresmonat	Offene Stellen ungefüllt	Veränderung gegenüber Vorjahresmonat
4,08 Mio. (9,8 %)	- 471.000	39,15 Mio.	+ 334.000	26,56 Mio.	+ 258.000	415.000	+ 111.000

Arbeitslose West (Quote)	Veränderung gegenüber Vorjahresmonat	Offene Stellen West	Veränderung gegenüber Vorjahresmonat
2,74 Mio. (8,2 %)	- 360.000	348.000	+ 85.000

Arbeitslose Ost (Quote)	Veränderung gegenüber Vorjahresmonat	Offene Stellen Ost	Veränderung gegenüber Vorjahresmonat
1,35 Mio. (15,7 %)	- 111.000	67.000	+ 26.000

Arbeitslose saisonbereinigt Veränderung gegenüber Vormonat	Zahl der „Ich-AG's“	Jugendliche Arbeitslose unter 25 Jahren	Veränderung gegenüber Vorjahresmonat	Ältere Arbeitslose über 55	Veränderung gegenüber Vorjahresmonat	Teilnehmer an ABM (inkl. SAM)	Berufsberatung, Förderung Berufsausbildung
- 67.000	196.000	462.000	- 101.000	533.000	- 34.000	57.000	295.000

Alg II Empfänger	Darunter arbeitslose Alg II Empfänger	Darunter nicht arbeitslose Alg II Empfänger	Sozialgeld Empfänger (insb. Kinder)	Bedarfsgemeinschaften (BG'en)	1 Euro Jobs	Hinweis: Alle Zahlen zum SGB II sind „hochgeschätzte, vorläufige Werte“	
5,10 Mio.	2,67 Mio.	2,43 Mio.	1,88 Mio.	3,67 Mio.	298.000		.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Den Standort Deutschland stärken – Eckpunkte zur Reform der Unternehmensbesteuerung

Die Haushaltspolitik der Großen Koalition wirkt.

„Sanieren – Investieren – Reformieren“, so lautet das Motto der Großen Koalition. Die verantwortungsbewusste Konsolidierung des Haushaltes sowie die Maßnahmen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung zahlen sich bereits aus. Mit 2,3 Prozent fällt das Wirtschaftswachstum in Deutschland kräftiger aus als im Frühjahr erwartet. Das ist die höchste Wachstumsrate der vergangenen fünf Jahre. Das Wachstum wirkt sich zunehmend auch auf die Lage am Arbeitsmarkt aus. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vorjahresvergleich um über 470.000 auf 4.085.000 gesunken. Seit Anfang des Jahres sind in Deutschland mehr als 258.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstanden. Die Arbeitslosenquote ist bundesweit auf 9,8 Prozent gesunken. Das ist der tiefste Stand seit vier Jahren.

Den Aufschwung stützen. Belastungen senken.

Mit den vereinbarten Eckpunkten für eine wachstumsorientierte Unternehmensteuerreform zum 1. Januar 2008 setzt die Große Koalition ihren Reformkurs konsequent fort. Mit der Reform der Unternehmensteuer wird der Aufschwung auf ein festes Fundament gestellt. Mit der Neuordnung der Unternehmensteuern setzt die unionsgeführte Bundesregierung ein wichtiges Anliegen zur Stärkung der deutschen Wirtschaft um. Sie entlastet in erster Linie den Mittelstand, damit neue Arbeitsplätze entstehen können.

Das haben wir erreicht:

1. Niedrige Steuersätze als Vorteil im internationalen Standortwettbewerb. Die steuerliche Gesamtbelastung für Unternehmen sinkt nach über 10 Jahren erstmals vom europäischen Höchstsatz (bisher 39 Prozent) auf unter 30 Prozent. Die verbesserten steuerlichen Rahmenbedingungen sind auch eine Voraussetzung dafür, dass wieder vermehrt internationale Unternehmen in Deutschland investieren. Das schafft unter dem Strich neue Arbeitsplätze und steuerliche Mehreinnahmen.

2. Den Mittelstand entlasten. Über eine steuerliche Förderung der einbehaltenen Gewinnen profitieren die mittelständischen Unternehmen (Personengesellschaften) in gleichem Maße von den niedrigeren Steuersätzen wie große Konzerne (Kapital- und Aktiengesellschaften). Dies stärkt die Investitions- und Eigenkapitalquote des Mittelstands. Kleine und mittlere Unternehmen profitieren von einer zielgenauer ausgestalteten steuerfreien Rücklage. Mit der Entlastung des Mittelstandes stärken wir das Rückgrat der deutschen Wirtschaft.



Michael Meister
stellvertretender Fraktions-
vorsitzender

3. Sicherung der steuerlichen Einnahmehasis für die öffentlichen Haushalte. Die Gewerbesteuer bleibt in veränderter Form erhalten, zugleich werden Steuerschlupflöcher geschlossen. Die Gewinnverlagerung ins Ausland wird eingedämmt. Ein wichtiger Erfolg für die Fraktion ist, dass im Zuge der Bekämpfung der Gewinnverlagerung eine erhebliche Besteuerung der unternehmerischen Substanz verhindert werden konnte.

Erfolgreiche Unternehmensnachfolge sichern.

In Deutschland werden jedes Jahr mehr als 46.000 Unternehmen mit rund 444.000 Beschäftigten aus Altersgründen vererbt. Tendenz steigend. Die dabei fällige Erbschaftsteuer kann häufig nicht aus den vorhandenen Mitteln gezahlt werden. Die Folge: Die Erbschaftsteuer kann so große Teile des Vermögens vernichten – und nicht zuletzt das Unternehmen samt seiner Arbeitsplät-

>>> UNTERNEHMENSTEUERREFORM

ze in seiner Existenz bedrohen. Das gilt vor allem für den Mittelstand. Deswegen haben wir einen Gesetzesentwurf auf den Weg gebracht, der die Unternehmensnachfolge deutlich erleichtern wird.

Das haben wir erreicht:

1. Für Firmenerben, die ein Unternehmen mindestens 10 Jahre fortführen, entfällt künftig die Erbschaftsteuer. Vererbt ein Unternehmer einen Betrieb, wird auf Antrag die Erbschaftsteuerschuld zinslos gestundet und mit jedem Jahr der Betriebsfortführung um 10 Prozent reduziert. Bei einer Fortführung von mindestens 10 Jahren wird die Erbschaftsteuer gänzlich erlassen. Das hilft insbesondere mittelständischen Betrieben und Familienunternehmen.
2. „Starre Arbeitsplatzklausel“ verhindert. Anstatt die Erleichterung der Erbschaftsteuer an eine festgelegte Zahl von Arbeitsplätzen zu koppeln, kommt es nun „auf das Gesamtbild der wirtschaftlichen Verhältnisse im vergleichbaren Umfang“ an (z. B. Umsatz, Auftragsvolumen, Betriebsvermögen und Anzahl der Arbeitnehmer). Das ist flexibler und wirtschaftsnäher.

Den Finanzplatz Deutschland stärken und das Steuerrecht vereinfachen.

Teil der Unternehmensteuerreform ist die Einführung einer Abgeltungssteuer. Ab dem 01. Januar 2009 wird auf Kapital-

erträge und private Veräußerungsgewinne ein Steuersatz von 25 Prozent erhoben.

Das haben wir erreicht:

Mit der Abgeltungssteuer wird das Steuerrecht vereinfacht.

Insgesamt bietet die Abgeltungssteuer ein Höchstmaß an steuerlicher Transparenz und wird das Steueraufkommen langfristig stabilisieren.

Das Potential des Finanzplatzes Deutschland wird dadurch gestärkt und seine Wettbewerbsfähigkeit gesteigert. Das kommt auch den Unternehmen zugute.

Die deutsche Wirtschaft stärken.

Diese Reform stärkt den Standort Deutschland: Internationale Unternehmen finden verbesserte Rahmenbedingungen, um in unserem Land zu investieren und ihre Gewinne in Zukunft wieder stärker als bisher in Deutschland zu versteuern. Die vereinbarten Beschlüsse erlauben eine Nettoentlastung von rund 5 Milliarden Euro. Damit wird gewährleistet, dass das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht in Frage gestellt wird. Mehr Wachstum, Investitionen und Arbeitsplätze werden schon bald dazu führen, dass sich die Unternehmensteuerreform finanziell selbst trägt.

Fahrplan für Bahnprivatisierung steht



Hans-Peter Friedrich
stellvertretender Fraktionsvor-
sitzender

Der Fahrplan für die Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG steht. Die Fachpolitiker der Koalitionsfraktionen und der Bundesverkehrsminister haben sich auf die Eckpunkte und einen entsprechenden Antragsentwurf geeinigt. Auf dieser Basis kann die Bundesregierung bis Ende März 2007 ein Privatisierungsgesetz erarbeiten.

Wir freuen uns, dass es gelungen ist, die entscheidenden Anforderungen der Union an die Kapitalprivatisierung der DB AG festzuschreiben:

- Die Infrastrukturverantwortung des Bundes (Art. 87e Abs. 4 GG) wird auch nach einer Teilprivatisierung der DB AG umfassend gesichert. Private Investoren werden nicht an der Eisenbahninfrastruktur beteiligt.
- Die DB AG betreibt für einen noch zu vereinbarenden Zeitraum diese Infrastruktur; sie muss dabei vertraglich bzw. gesetzlich vorgegebene Aufgaben zur Pflege des Netzes strikt einhalten.
- Zusätzliche Schulden und Risiken für den Bundeshaushalt werden ausgeschlossen.

- Es wird sichergestellt, dass der konzerninterne Arbeitsmarkt der DB AG und das Beschäftigungsbündnis fortgeführt werden können.

- Diskriminierungsfreier Netzzugang und fairer Wettbewerb auf der Schiene werden gesichert. Dazu werden die Regulierungsinstrumente der Bundesnetzagentur fortentwickelt.

- Die Reversibilität der Entscheidung wird durch die Endschaftsregelung sichergestellt.

Für die Union war immer klar: Deutschland braucht eine starke Bahn und ein erfolgreiches Unternehmen DB AG. Die Privatisierung leistet dazu einen Beitrag, Gleichzeitig darf das steuerfinanzierte Eisenbahnnetz nicht zum Renditeobjekt des Kapitalmarkts werden. Die Infrastrukturverantwortung des Bundes muss nach der Kapitalprivatisierung der DB AG ebenso gesichert sein wie das Wohl der Beschäftigten.

Für die Fortsetzung der Bahnreform in diesem Sinne haben wir jetzt die Weichen gestellt.



Dirk Fischer
Vorsitzender der Arbeitsgruppe
Verkehr, Bau und Stadtentwicklung,
Aufbau Ost

Bundeshaushalt 2007 – Niedrigste Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung



Steffen Kampeter
Vorsitzender der Arbeitsgruppe
Haushalt

Die unionsgeführte Koalition setzt die Haushaltskonsolidierung erfolgreich fort. Wir senken die Nettokreditaufnahme 2007 auf 19,6 Mrd. € Das sind 2,4 Mrd. € weniger als im Entwurf der Bundesregierung. Damit haben wir die niedrigste Neuverschuldung seit der Deutschen Wiedervereinigung 1990 erreicht. Wir halten seit vielen Jahren erstmals wieder die Regelgrenze des Artikels 115 ein, wonach die Neuverschuldung

geringer als die Summe der Investitionsausgaben sein muss. Dabei haben wir die Investitionsausgaben insbesondere in den Bereichen Verkehr, Städtebau, Wirtschaft und Umwelt noch einmal spürbar aufgestockt. Insgesamt belaufen sich die Investitionen damit auf fast 24 Mrd. € Durch konsequente Konsolidierung einerseits und strukturelle Haushaltsverbesserungen andererseits leisten wir einen wichtigen Beitrag, um die Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland weiter zu verbessern.

Trotz dieser guten Entwicklung kann beim Haushalt noch keine Entwarnung gegeben werden. Der Bundes-

haushalt ist nach wie vor ein Sanierungsfall. Wir geben in diesem und im nächsten Jahr immer noch über 60 Mrd. € mehr aus, als wir dauerhaft einnehmen.

Die gute Konjunktur in diesem und im nächsten Jahr beschert Bund, Ländern und Gemeinden Steuermehreinnahmen von fast 40 Mrd. € Davon entfallen allein auf den Bund gut 17 Mrd. € Den Löwenanteil dieser Einnahmezunächste, etwa 8 Mrd. € in 2006 und 2,4 Mrd. € in 2007, stecken wir in die Absenkung der Neuverschuldung. Durch die weitere Reduzierung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 %-Punkte auf 4,2 %, d.h. insgesamt um 2,3 %-Punkte, werden die Lohnzusatzkosten deutlich verringert. Mit dem vorgezogenen Einstieg in die Steuerfinanzierung der Kinderversicherung kann es eine Entlastung der Beitragssätze in der GKV geben. Durch diese deutliche Absenkung der Lohnnebenkosten verbessern wir die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung.

Die konsequente Konsolidierung, bestehend aus einem Paket aus Abgabensenkung und einer Rückführung der Neuverschuldung, wird das Wachstum in Deutschland nachhaltig stärken und im nächsten Jahr weiterhin positive Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die Arbeitsmarktentwicklung sein. Allen Unkenrufen zum Trotz könnte sich das Wachstum im nächsten Jahr sogar auf 1,8 % belaufen (Sachverständigenrat). Deutschland hat wieder alle Chancen, die wirtschaftliche Lokomotive in Europa zu werden.

Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit

Über den Bericht zum Stand der Deutschen Einheit hat der Bundestag am 17. Jahrestag des Mauerfalls debattiert. Der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Arnold Vaatz hat die Deutsche Einheit als eines der größten Ereignisse der deutschen Geschichte bezeichnet. Er sprach sich dafür aus, die Erfolge von 16 Jahren deutscher Einheit nicht klein zu reden, die mit dem Mauerfall 1989 begannen. Er erinnerte daran, dass die Entwicklung zur Einheit, den Menschen in Ostdeutschland zu verdanken sei. Die Politik des früheren sowjetischen Präsidenten Gorbatschow und die polnische Gewerkschaft Solidarnosc hätten die Ostdeutschen ermutigt, diesen Weg zu gehen und ihnen so Frieden, Sicherheit und Integration gebracht. Sanierte Städte, saubere Umwelt und ein leistungsfähiges Straßennetz in den neuen Ländern seien das Ergebnis gesamtdeutscher Solidarität, für die er ausdrücklich dankte. Die Menschen in Ostdeutschland hätten alle Möglichkeiten für eine vernünftige Zukunft, stellte Vaatz fest. Die Förderpolitik der Bundesregierung sei erfolgreich, unterstrich der CDU-Politiker. Der oft beschworene Gegensatz zwischen der Förderung von sog. Leuchttürmen und ländlichen Regionen bestehe nicht. Er begrüßte, dass die angestrebte Regelung bei Opferpensionen auf einem guten Weg sei. Das Schicksal von Opfern der SED-Diktatur werde damit erleichtert.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Katherina Reiche strich die Bedeutung von Forschung und Innovation als Motor für Wachstum heraus. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt auf Innovationen beim Aufbau Ost. Die

ostdeutschen Unternehmen müssten aufgrund des Mangels an großen Unternehmen verstärkt auf kleine und mittlere Unternehmen zugehen, um Kooperationen zu fördern. Sie begrüßte die Initiative der Bundesbildungsministerin Annette Schavan, die Universitätsstandorte in den neuen Ländern, wie beispielsweise Greifswald, Leipzig, Jena, Potsdam und Magdeburg in den Fokus zu rücken. Abiturienten aus den alten Ländern sollten den Osten als Bildungsstandort entdecken, regte Reiche an. Denn die neuen Länder brauchen junge Leute. In einigen ostdeutschen Regionen drohe "ein wahrer Aderlass" bis zum Jahr 2010, da durch Abwanderung und Geburtenrückgang bis zu 60 Prozent der jungen Generation verloren gehen könne. Die Bildungspolitikerin appellierte an die Landesregierungen, die Hochschulen weiter zu stärken und keine qualitativ hochwertigen Studienplätze abzubauen.

Der Obmann der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung, Michael Kretschmer, hob die Förderstrategie „Unternehmen Region“ des Bundesforschungsministeriums hervor. Diese habe zum Aufbau von Arbeitsplätzen in den Neuen Ländern beigetragen. Allein durch den Förderanteil „Inno-Regio“ sind bis heute 7.500 neue Arbeitsplätze sowie 143 Gründungen und Ansiedlungen entstanden. Von 1999 bis 2008 wird der Bund insgesamt 570 Millionen Euro für die Innovationsförderung "Unternehmen Region" bereitgestellt haben, stellte Kretschmer heraus. Die Stärkung der Wirtschaftskraft in den neuen Bundesländern und die nachhaltige Senkung der Arbeitslosigkeit sind zentrale Aufgaben mit höchster Priorität für ganz Deutschland.

Operation Enduring Freedom

Am Freitag dieser Woche wird der Deutsche Bundestag über die Fortsetzung des Einsatzes der Bundeswehr an der Operation Enduring Freedom entscheiden. Da der transnationale Terrorismus nach wie vor ein besorgniserregendes Gefährdungspotential darstellt, hat die Bundesregierung beschlossen, den Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA für weitere 12 Monate zu verlängern. Diesem Antrag will die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zustimmen.

Der Einsatz beruht auf Artikel 51 der Satzung der Verein-

ten Nationen und auf Artikel 5 des Nordatlantikvertrags sowie den Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Weil die bisherigen Kontingente nicht voll ausgeschöpft wurden, hat die Bundesregierung beschlossen, die Obergrenze von derzeit 2.800 Soldaten auf 1.800 Soldaten zu reduzieren. Die Bundesregierung sichert zu, den Deutschen Bundestag entsprechend bisheriger Praxis regelmäßig über Einsätze auf der Grundlage dieses Mandats zu unterrichten und mit den Fraktionsvorsitzenden ein Verfahren für die Unterrichtung über die Einsätze des KSK abzustimmen.

Kauder zu Gesprächen in Israel

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder reiste vom 28. bis 31. Oktober 2006 mit einer Delegation zu politischen Gesprächen nach Israel.

Der Gruppe gehörten der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe und der Erste stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Ramsauer, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Andreas Schockenhoff, der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eckart von Klaeden und die stellvertretende Vorsitzende der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe, Gitta Connemann, an.

Die Abgeordneten wurden von Premierminister Ehud Olmert am 29. Oktober 2006 zu einem Gespräch empfangen.

Neben weiteren politischen Gesprächen, u. a. mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten und Friedensnobel-

preisträger Shimon Peres, standen ein Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem und eine Fahrt in den Norden nach Kiryat Shmona sowie Treffen mit Vertretern der deutschen Kirchen in Israel und mit dem lateinischen Patriarchen auf dem Programm.

Die Delegation machte deutlich, dass aufgrund der historischen-moralischen Verantwortung Deutschlands für die Schoah das Existenzrecht des Staates Israel immer unverrückbare Grundposition deutscher Politik bleiben müsse. Deutschlands Verbundenheit mit Israel beruhe aber nicht nur auf der empfundenen historischen Verantwortung. Israel und Deutschland sind verbunden durch eine gemeinsame jüdisch-christliche Tradition und eine gemeinsame Wertebasis. Die Werte der freien Welt sind das Fundament der deutsch-israelischen Beziehungen.

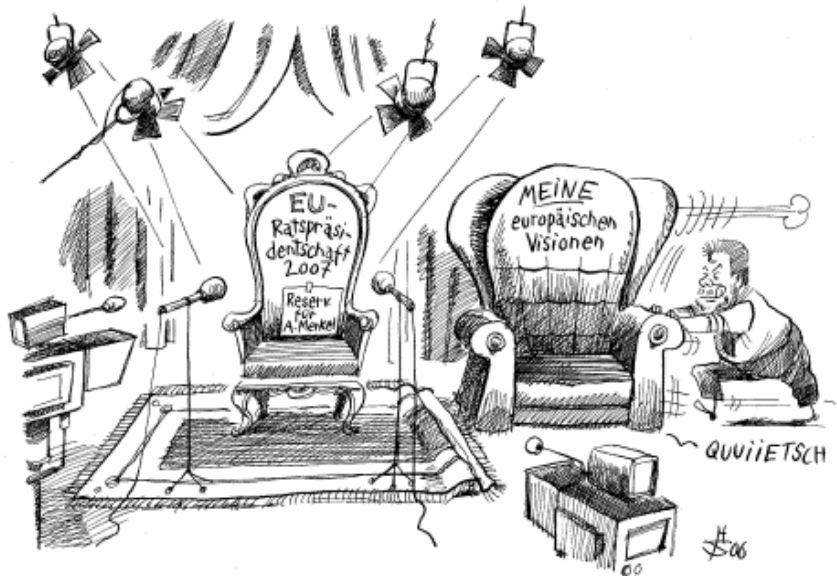


Die deutsche Delegation mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten und Friedensnobelpreisträger Shimon Peres. (v. l. Eckart von Klaeden, Andreas Schockenhoff, Gitta Connemann, Shimon Peres, Volker Kauder und Peter Ramsauer)

Wirtschaftswachstum

2,4 Prozent Wirtschaftswachstum und ein gesamtstaatliches Defizit von 2,2 Prozent in diesem Jahr: Das sind zwei wesentliche Eckdaten des Jahresgutachtens 2006/07, das der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Bundeskanzlerin Angela Merkel am Mittwoch dieser Woche überreichte. Insgesamt bestätigt der Sachverständigenrat mit seiner Wachstumsprognose, ähnlich wie kürzlich die Europäische Kommission, die Herbstprojektion der Bundesregierung. Das Bruttoinlandsprodukt habe so stark zugelegt wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr, heißt es in dem Gutachten. Neben dem Außenhandel leistet nun auch die Binnenwirtschaft einen deutlichen Beitrag zu dieser Konjunkturdynamik. Ursächlich dafür sieht das Gutachten neben der anhaltend guten Weltkonjunktur auch die von der Bundesregierung ergriffenen finanzpolitischen Maßnahmen. Hinzu kommen Reformen im Steuerrecht und auf dem Arbeitsmarkt. Sie konnten erstmals ihre Wirkung entfalten. Gleichzeitig erwartet der Sachverständigenrat für 2006 ein Maastricht-Defizit von 2,2 Prozent. Dabei sei die jüngste Steuerschätzung noch gar nicht berücksichtigt, erklärte der Vorsitzende Bert Rürup. Für 2007 prognostiziert er nur ein Defizit von 1,5 Prozent.

(Quelle: Bundesregierung)



Zeichnung: Sakurai

Bevölkerung in Zahlen:

Derzeit hat Deutschland **82,4** Millionen Einwohner. 2050 werden es noch knapp **69** Millionen bis **74** Millionen sein.

(aktuelle Erhebung des Statistischen Bundesamtes vom 7.11.06)

Zahl der in Manhattan lebenden Menschen pro Quadratkilometer: **13. 400**

Zahl der in der Altstadt von Mumbai lebenden Menschen pro Quadratkilometer: **570. 000**

Zahl der im Berliner Bezirk Mitte lebenden Menschen pro Quadratkilometer: **8.165**

Einwohnerzahl der kleinsten Gemeinde Deutschlands, Wiedenborstel in Schleswig-Holstein: **5**

(Quelle: Wirtschaftsmagazin brandeins 10/2006)

IMPRESSUM

Herausgeber
Dr. Norbert Röttgen MdB
Hartmut Koschyk MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Dr. Christiane Schwarte
Redaktion: Verena Herkenhoff
(verantw.)
Christine Maier (Sekretariat)
Telefon (030) 227 53015
Telefax (030) 227 56660

TERMINE

26.-28. November 2006 20. CDU-Bundesparteitag in Dresden

29. November 2006 Symposium „Damit kein Kind verloren geht/
Auf den Anfang kommt es an!“ der Stellv.
Fraktionsvorsitzenden Ilse Falk
Fraktionssitzungssaal, Reichstagsgebäude
15.00 Uhr

29. November 2006 Gespräch mit Chemieverbänden der Arbeits-
gruppe Wirtschaft und Technologie der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion